

Nach 18 Monaten Schluss mit Befristung

Arbeitsminister Hubertus Heil will mit einem Gesetzentwurf einen Herzenswunsch der SPD umsetzen und zeitlich begrenzte Arbeitsverträge eindämmen. Experten warnen vor negativen Folgen für Beschäftigte

Es war einer der umstrittensten Punkte, über den Union und SPD lange verhandelten, bevor sie sich endlich auf einen Koalitionsvertrag einigten: die Eindämmung befristeter Arbeitsverträge. Dann passierte mit dem mühsam vereinbarten Kompromiss lange nichts. Doch nun hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) kurz vor Ende der Legislaturperiode doch noch einen Gesetzentwurf vorgelegt, um das Herzensprojekt seiner Partei durchzusetzen. Der Entwurf liegt WELT vor, zu erst hatte das Redaktionsnetzwerk Deutschland darüber berichtet.

VON CHRISTINE HAAS

In erster Linie geht es um die sogenannte sachgrundlose Befristung. Bislang gilt, dass Unternehmen Mitarbeiter zwei Jahre lang befristet können, ohne das begründen zu müssen. Das soll nun um ein halbes Jahr verkürzt werden auf nur noch 18 Monate. Innerhalb dieser Spanne soll die Befristung nur noch einmal statt bislang dreimal verlängert werden können. Zweitens ist eine Quote vorgesehen: Arbeitgeber sollen künftig höchstens 2,5 Prozent ihrer Beschäftigten sachgrundlos befristet dürfen. Diese Regel soll für Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten gelten. Ein drittes Anliegen des Ministers ist, Kettenbefristungen zu vermeiden – also dass Beschäftigte vom selben Arbeitgeber einen befristeten Vertrag nach dem anderen erhalten. Laut Gesetzentwurf soll die Grenze künftig auch bei Befristung mit Gründen wie Elternzeit oder Auftragspitzen bei fünf Jahren liegen. „Es gibt zu viele willkürlich befristete Arbeitsverträge, die vor allem für junge Menschen große Unsicherheiten in der Lebensplanung bedeuten“, sagte Heil den Zeitungen. Sachgrundlose Befristungen sollten „wieder zu der Ausnahme werden, als die sie ursprünglich gedacht waren“.

Während die Gewerkschaft Ver.di den Vorstoß begrüßte, sehen Experten ihn äußerst kritisch – gerade unter den aktuellen Krisenbedingungen. Unternehmen stünden angesichts der Corona-Pandemie vor enormen Herausforderungen, da unsicher sei, wie lange die wirtschaftlichen Probleme noch andauern, erklärt Hilmar Schneider, Chef des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA). „Ihnen ausgerechnet jetzt zusätzliche Fesseln anzulegen ist nicht hilfreich“, sagt er.

Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit kritisiert die vorgesehene Quote von 2,5 Prozent. Viele Befristungen gebe es in Betrieben, die großer Unsicherheit ausgesetzt sind oder besonders viel einstellen. „Denn macht man es durch die Quote besonders schwer“, sagt er. Das sei gerade jetzt kontraproduktiv, denn die Zahl der Neueinstellungen sei Corona-bedingt immer noch sehr niedrig und die Zahl der Arbeitslosen relativ hoch.

„Manche Betriebe könnten sich bei den neuen Regeln noch stärker zurückhalten, Personal einzustellen“, sagt Weber. „Das würde den Aufschwung am Arbeitsmarkt erschweren.“ Möglich sei, dass die Unternehmen zu anderen Lösungen greifen, die die Lage für die Beschäftigten sogar verschlechtern: nämlich verstärkt auf ebenfalls unsichere Beschäftigungsformen wie Leiharbeit oder Werkverträge setzen – oder gar nicht einstellen.ok, i

Karl-Josef Laumann, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDA, beurteilt den Zeitpunkt für Heils Vorstoß ebenfalls kritisch. Er verstehe nicht, warum der Minister erst jetzt mit dem Gesetzentwurf komme. „Das Thema hätte schon seit drei Jahren vom Tisch sein und vielen Menschen in der Pandemie den Job sichern können“, sagte Laumann WELT. Für sie komme das Gesetz zu spät. „Heute haben wir ganz andere, dringendere Probleme auf dem Arbeitsmarkt.“ Grundsätzlich befürwortet er aber, die sachgrundlose Befristung noch in dieser Legislaturperiode einzuschränken. Kettenbefristungen seien eine „Geißel für viele Arbeitnehmer“. Damit müsse Schluss sein.

Tatsächlich lag die Zahl der Menschen, die zunächst einen befristeten Job bekommen, 2019 bei rund 37 Prozent. Starke Anstiege wie in den 2000er-Jahren gab es zuletzt aber nicht mehr. Besonders betroffen sind junge Menschen. Für Arbeitnehmer hat das häufig Nachteile: So bekommen sie laut IAB-Experte Weber tendenziell weniger Gehalt, weniger Weiterbildungen und werden bei der Familienplanung durch ein erhöhtes Maß an Unsicherheit belastet.

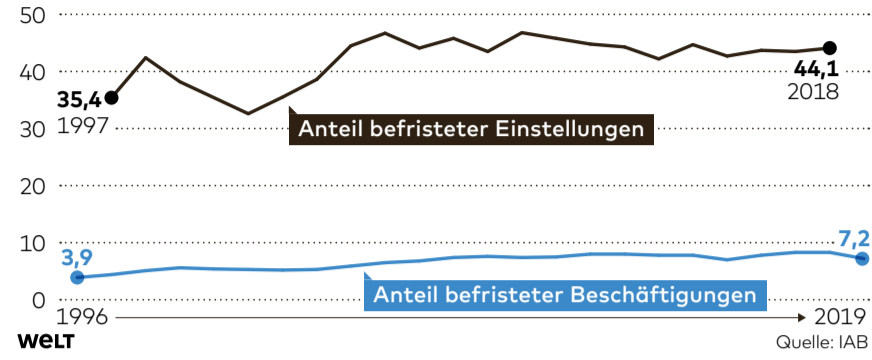
Verbreitet ist die Befristungspraxis im öffentlichen Dienst, wo es sich allerdings häufig um Befristung mit Sachgrund handelt. Hier würden oft die befristet zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel angeführt, um Mitarbeiter nur für kurze Phasen einzustellen. „Daran wird

sich durch den neuen Gesetzesvorstoß nur wenig ändern“, sagt Weber.

Andererseits hilft das Instrument Unternehmen, flexibel auf wirtschaftliche Veränderungen zu reagieren und Mitarbeiter zu erproben. Letzteres ist der häufigste Grund, weshalb Unternehmen befristet einstellen. Für die Beschäftigten hat das aber oft eine positive Folge: „Immer mehr Unternehmen übernehmen

Anteil der befristeten Beschäftigung nimmt zu

Angaben in Prozent



die Mitarbeiter nach der Befristung dauerhaft“, sagt Weber. Insgesamt liegt die Übernahmequote nach Befristungen laut IAB-Daten bei rund 44 Prozent, bei sachgrundlosen Befristungen sind es fast 72 Prozent.

„Das Hauptmotiv von Befristung ist also Erprobung, und die geht meist gut aus“, sagt Weber. Allerdings geht er auch davon aus, dass Veränderungen wie die Begrenzung sachgrundloser Befristung auf 18 Monate oder die nur einmalige Verlängerungsmöglichkeit durchaus verkräftbar für die Betriebe sind. Ob die Reform bis zur Bundestagswahl im September zu schaffen ist, ist offen. Die Grünen-Politikerin Beate Müller-Gemmeke warf Heil vor, sich in „wahlkämpferischen Ankündigungen“ zu üben. Diese seien zum Scheitern verurteilt, weil die Koalition sich nicht einigen könne.

Erste Hotelketten müssen Standorte verkaufen

Branche kommt bei Hilfgeldern meist schlecht weg

Weil Deutschlands Hotelketten in der Corona-Krise das Wasser bis zum Hals steht, müssen erste Firmen Teile ihrer Standorte verkaufen. Maritim gab am Donnerstag „Hotel-Notverkäufe“ bekannt, um das „Überleben“ zu sichern. Entsprechende Verhandlungen laufen noch, Einzelheiten nannte das 5000-Mitarbeiter-Unternehmen aus Bad Salzungen in Nordrhein-Westfalen nicht. Die Hotelkette Centro, die 2019 noch 60 Hotels mit 1200 Mitarbeitern hatte, hatte bereits im vergangenen Jahr 13 Standorte veräußert, darunter sieben Neubauprojekte. Man habe dies „schweren Herzens“ getan, „um das Unternehmen weiter abzusichern“, sagte Chefin Homeira Amiri in Köln.

In der Domstadt traten Vertreter von mehreren Hotelketten auf, um gemeinsam ihrer Enttäuschung über die Politik Luft zu machen und um Entschädigungen zu fordern. Unisono betonten sie, dass die bisher vom Staat gezahlten oder zugesagten Hilfen längst nicht ausreichen, zumal man auf viele Zahlungen sehr lange warten müsse. Es gebe kein Infektionsgeschehen in den Hotels und auf den Fahrten in die Hotels, dennoch dürften keine Touristen beherbergt werden – die Firmen erbäuchten ein „Sonderopfer“ für die Allgemeinheit, sagte Dirk Iserlohe von den Dorint-Hotels. „Wir fordern Entschädigungen.“

Tatsächlich kommen die Hotelketten bei den staatlichen Hilfgeldern relativ schlecht weg. Dies liegt letztlich an ihrer Größe: Die aktuell laufende Überbrückungshilfe III ist bei den Verbund-

unternehmen auf drei Millionen Euro pro Monat gedeckelt, insgesamt bekommen sie hierüber nicht mehr als zwölf Millionen Euro. Firmen, die üblicherweise einen dreistelligen Millionen-Euro-Jahresumsatz haben, können mit solchen Geldern nur einen Teil ihrer Finanzlöcher stopfen. Zwar ist das Personal in Kurzarbeit, doch Fixkosten wie Mieten laufen weiter. Per Videobotschaft meldete sich der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki zu Wort und sprach sich für umfangreiche staatliche Zahlungen aus, schließlich dürften die Firmen ihr Gewerbe nicht ausüben. „Es geht darum, das Überleben einer ganzen Branche zu sichern“, sagte er.

Nacheinander schilderten die Branchenvertreter ihre aktuelle Situation. Die Dormero-Kette etwa (1000 Mitarbeiter, 35 Hotels) plante für 2020 mit 100 Millionen Euro Umsatz, durch die Corona-Einschränkungen wurden es nur 40 Millionen Euro. 2021 werde es wohl noch weniger. „Vor der Krise ging es uns gut“, sagte Geschäftsführerin Manuela Halm. „Jetzt stehen wir vor den Trümmern unserer Existenz.“ Bei den Leonardo Hotels mit ihren 2200 Mitarbeitern sackte der Umsatz von 317 Millionen Euro im Jahr 2019 auf knapp 120 Millionen Euro 2020 ab.

Die Hotelbranche wurde von der Corona-Krise besonders heftig erwischt. Seit November dürfen nur Geschäftsreisende beherbergt werden. Die allerdings gibt es kaum noch, weil die meisten Messen und Kongresse abgesagt wurden, zudem setzen viele Firmen verstärkt auf digitale Kommunikation anstelle von Reisen.

ThePioneer

Journalismus einer neuen Zeit.

Als Newsletter, als Podcast oder live auf dem ersten Medienschiff der Welt: Entdecken Sie jetzt den unabhängigen Politik- und Wirtschaftsjournalismus von ThePioneer. [Join.ThePioneer.de](https://www.thepioneer.de)

MorningBriefing

Überstunde

Wahl Street Daily

TechBriefing

Hauptstadt: Das Briefing

DER 8. TAG

WorldBriefing